

Pressemitteilung

21. Januar 2021

Soforthilfe vom Land gefordert: Mehr medizinische Masken für Armutsbetroffene

Breite Verteilung und ein Corona-Aufschlag auf Sozialleistungen nötig

Von Armut betroffene Menschen müssen viel stärker als bisher geplant vom Land Hessen bei der Versorgung mit medizinischen Masken unterstützt werden. Die gestrige Ankündigung des Landes, eine Million Masken über die Tafeln verteilen zu lassen, ist ein erster guter Schritt, aber bei weitem nicht ausreichend. Auch andere soziale Organisationen sollten vom Land sehr kurzfristig Masken bekommen, um sie unbürokratisch an ihre Klient*innen auszugeben. Dazu gehören Einrichtungen der Drogen- und Wohnungslosenhilfe, wie Teestuben, Tagesaufenthalts- und Beratungsstellen, Stadtteilzentren und sämtliche weitere Anlaufstellen für Menschen in sozialen Notlagen. Auch Bewohner*innen von Sammelunterkünften für Geflüchtete müssen die Masken zeitnah kostenfrei erhalten.

„Längst nicht alle, die Sozialleistungen beziehen oder ein geringes Einkommen haben, nutzen die Tafeln. Auch mit Blick auf den Infektionsschutz wäre es bedenklich, wenn es dort jetzt aufgrund der Maskenausgabe zu einem verstärkten Andrang kommt“, begründet Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen.

Die breite Verteilung von medizinischen Masken über soziale Einrichtungen kann aber nur eine Sofortmaßnahme und ein Teil der Lösung sein. Der Paritätische Hessen fordert das Land darüber hinaus auf, allen Empfänger*innen von Grundsicherungsleistungen unbürokratisch einen Aufschlag von 25 Euro monatlich für Masken und Desinfektionsmittel zu bewilligen. Denn im SGB II-Regelsatz sind für Erwachsene lediglich 17,02 Euro für Gesundheitspflege enthalten. Nach Berechnungen des Paritätischen wären schon ohne coronabedingte zusätzliche Kosten 30,22 Euro nötig und angemessen.

„Viele Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten und auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen sind, müssen täglich mit Öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren, da sie meist kein Auto haben und auch nicht

im Homeoffice bleiben können“, sagt Annette Wippermann, Referentin für Grundsatzfragen beim Paritätischen Hessen: „Ein beachtlicher Teil davon ist in Bereichen tätig, die systemrelevant sind. Gerade Menschen, die in der Corona-Pandemie dazu beitragen, die Gesellschaft am Laufen halten, dürfen nicht mit den zusätzlichen Kosten für die Verschärfung der Maskenpflicht allein gelassen werden.“

Dass ab Samstag in Bussen und Bahnen sowie beim Einkaufen medizinische Masken Vorschrift sind, begrüßt der Paritätische Hessen ausdrücklich, auch mit Blick auf die erhöhte Ansteckungsgefahr durch Virus-Mutationen. „Um die Infektionszahlen zu senken, wäre es wünschenswert, dass möglichst viele Menschen die deutlich wirksameren, teureren FFP 2-Masken tragen und nicht aus Kostengründen auf die billigeren, weniger wirksamen einfachen OP-Masken ausweichen müssen.“

Der Paritätische Gesamtverband fordert schon seit Mai 2020, allen Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, in der Corona-Pandemie einen pauschalen Mehrbedarf von 100 Euro monatlich unbürokratisch zukommen zu lassen. Dieser Appell an die Bundesregierung, die Kosten der Krise solidarisch zu verteilen, ist angesichts der Mehrkosten für medizinische Masken aktueller denn je. Getragen wird er von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, zu dem unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Kinderschutzbund, der Deutsche Mieterbund, der Sozialverband VdK und der Verband alleinerziehender Mütter und Väter gehören.

Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:

Barbara Helfrich

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 069/95 52 62-43

E-Mail: barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org